

Bildung muss ein Grundrecht sein – kein Privileg!

Die Entscheidung der rot-rot-grünen Regierung, die Studiengebühren in Bremen mit der Erhöhung des Studierendenwerkbeitrages um 45€ zu genehmigen, ist ein falsches Signal in einer Zeit, in der viele Studierende ohnehin schon am Existenzminimum leben.

Insgesamt erhöht sich der Beitrag dann um etwa 94€.

Statt junge Menschen zu entlasten und ihnen ein selbstbestimmtes Studium ohne finanzielle Sorgen zu ermöglichen, werden sie nun noch stärker unter Druck gesetzt.

Bremen ist jetzt die Stadt Deutschlands mit den zweit höchsten Studiengebühren!

Die Regierung hat sich nicht an der Empfehlung der Studierenden orientiert, sondern diese einfach übergangen!

Studiengebühren sind eine soziale Hürde!

Schon jetzt kämpfen viele Studierende mit steigenden Mietpreisen, hohen Lebenshaltungskosten und unzureichender finanzieller Unterstützung durch BAföG oder Nebenjobs. Die Einführung zusätzlicher Gebühren verschärft diese Probleme und macht Bildung weiter von sozialer Herkunft abhängig. Studierende aus einkommensschwachen Familien werden besonders hart getroffen – sie müssen sich entscheiden, ob sie sich ihr Studium noch leisten können oder sich stärker verschulden.

Armut unter Studierenden ist real!

Studien zeigen, dass Armut unter Studierenden ein wachsendes Problem ist: Viele leben unterhalb der Armutsgrenze, sind auf schlecht bezahlte Nebenjobs angewiesen oder müssen sich verschulden, um Miete und Lebensmittel bezahlen zu können. Die Erhöhung der Gebühren verschärft diese prekäre Lage weiter.

Bildung darf keine Frage des Geldes sein!

Wir als Linksjugend Bremen fordern eine sozial gerechte Bildungspolitik, die Studierende entlastet statt belastet. Dazu gehören:

- Gebührenfreie Bildung – Studieren darf nicht vom Geldbeutel abhängen!
- Eine massive Erhöhung des BAföG – und zwar als Vollzuschuss, damit Studierende nicht in Schulden getrieben werden.
- Bessere finanzielle Unterstützung für Studierende durch das Land Bremen – statt zusätzlicher Belastungen.

Es kann nicht sein, dass Studierende für finanzielle Lücken im Bildungssystem aufkommen müssen, während an anderen Stellen Milliarden für Prestigeprojekte, Bundeswehr oder Unternehmen ausgegeben werden. Eine sozial gerechte Politik muss Studierende unterstützen – nicht zusätzlich belasten!

Als Linkspartei sollte unser Fokus auf sozialer Gerechtigkeit liegen, eine derartige Erhöhung ist alles andere als das!

Deshalb müssen wir weiter für die Abschaffung der Schuldenbremse kämpfen. Gelder für Investitionen in die Infrastruktur als Nebenprodukt des Sondervermögens für Rüstung reichen nicht aus!

Wir brauchen:

- Investitionen in Bildung, Sanierung der Schulen und Hochschulen; Gesundheit und den Erhalt von Krankenhäusern; und Klimaschutz
- Investitionen in sozialen Wohnbau; kostenlosen ÖPNV und einen Ausbau des ÖPNV, vor allem in strukturell abgehängten Gebieten;

- Bremen ist das Bundesland Deutschlands mit der höchsten Armutsgefährdung. Wir brauchen also eine linke Regierung, die durch sinnige Investition in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz die Grundlage für künftigen Wohlstand und wirtschaftliche Stabilität schafft.

Die Linke muss weiter für eine gerechte, zukunftsfähige Finanzpolitik kämpfen – und das heißt: Weg mit der Schuldenbremse!